BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

17. Wahlperiode

15. 09. 09

Antrag der Fraktion der FDP

Bürgernahe Familienkasse ermöglichen!

Die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz werden bundesweit von über 16 000 verschiedenen Stellen verwaltet. Für die Bearbeitung des Kindergeldes öffentlich Beschäftigter sind die unzähligen Familienkassen der öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber verantwortlich, das Kindergeld aller anderen Berechtigten und der Kinderzuschlag werden von der Bundesagentur für Arbeit an etwa 100 Stellen in ganz Deutschland betreut.

Dem Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung wird dieses System nicht gerecht. Beratungsangebote sind nicht wohnortnah verfügbar, die Bearbeitung ist kompliziert und langwierig. Im Rahmen einer grundlegenden Verwaltungsreform müssen entbehrliche Doppelarbeiten eliminiert und die sinnvolle Verteilung aller Arbeitsschritte geprüft werden. Das Kindergeld ist als Maßnahme zur Durchführung des Familienleistungsausgleichs fachlich den Finanzbehörden zugeordnet, die Finanzämter prüfen schon heute die Günstigkeit des Kinderfreibetrags. Sie sind zudem am besten qualifiziert, einkommensabhängige Ansprüche des Kinderzuschlags zu berechnen und zu kontrollieren. Zudem gewährleisten sie die bürgernahe Betreuung auf kommunaler Ebene.

Bremen kann mit einem Konzept, das die Einrichtung einer einheitlichen Familienkasse in den Finanzämtern vorsieht, eine Vorbildfunktion für die bürgerfreundliche, effiziente und einfache Verwaltungsstruktur in Deutschland einnehmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird gebeten,

- 1. ein Konzept zu erstellen, das die Zuständigkeit der Finanzämter für die Beratung und die Bearbeitung von Anträgen auf Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz vorsieht und das einen finanziellen Ausgleich des Bundes für die Verwaltung von bundesrechtlichen Leistungen beinhaltet. Die dazu nötigen gesetzlichen Änderungen sind über eine Bundesratsinitiative zu forcieren.
- 2. der Bürgerschaft (Landtag) bis September 2010 über seine Bemühungen Bericht zu erstatten.

Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP